

**Kreisverband Tuttlingen**

**Kreistagsfraktion**

FWV TUT, Schultheiß-Koch-Platz 1, 78647 Trossingen

Fraktionssprecher:

*Dr. Clemens Maier*

*Schultheiß-Koch-Platz 1*

*78647 Trossingen*

*Tel. 07425/25-100*

*Fax: 07425/25-106*

*dr.clemens.maier@trossingen.de*

15.12.2016

## **Haushaltsrede der Freie Wähler Fraktion zum HH 2017**

- *Es gilt das gesprochene Wort* -

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

nachdem das Jahr 2016 nun beinahe hinter uns liegt, möchte ich meinen Rückblick kurzhalten. Bemerkenswert ist in der Rückschau aber doch, dass sich das große Thema der vergangenen 1 ½ Jahre weitgehend beruhigt hat, nämlich die vorläufige Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen. Der Kreis hat nach anfänglichem Schlingern, das angesichts der Dimension der Aufgabe auch nicht verwunderlich war, recht schnell zu Strukturen und einem geordneten Vorgehen gefunden hat, und dass diese große Aufgabe im ganzen betrachtet sehr gut bewältigt wurde. Auch die Kooperation mit den Städten und Gemeinden war vorbildlich. Dass der Kreis nun den Gemeinden anbietet, in den GUs freiwerdendes sozialpädagogisches Personal den Gemeinden zur Unterstützung bei der Integration von Flüchtlingen in der AU zur Verfügung zu stellen, ist ein sinnvoller Vorschlag, der beiden Seiten Vorteile bringt.

Die finanziellen Auswirkungen der Aufnahme von Flüchtlingen stehen uns allerdings noch bevor. Unser Sozialhaushalt wird dadurch weiter belastet. Denn die Erfahrung zeigt, dass Flüchtlinge, die hier Aufnahme finden, den Schritt in den Arbeitsmarkt in der Regel erst nach frühestens 5 Jahren finden. Bis dahin entstehen dem Kreis erhebliche Kosten, die nicht mehr von der einmaligen Pauschale des Landes für die Erstunterbringung gedeckt sind. Hier stehen uns für die nächsten Jahre spürbare Belastungen bevor. Es bleibt zu hoffen, dass unser Arbeitsmarkt weiter so stabil bleibt wie im Moment, und die zugewanderten Menschen rasch aufnehmen kann.

Denn insgesamt betrachtet steht und fällt unser gesamter Haushalt mit der wirtschaftlichen Situation in unserem Kreis und in Deutschland. Schon jetzt sind unsere Ausgaben zum allergrößten Teil Ausgaben, die nicht variabel oder freiwillig sind, sondern in guten und in schlechten Zeiten gleich anfallen, ja die sich gerade in schlechten Zeiten sogar noch vergrößern werden.

Und wenn sich hier beim Kreis finanzielle Engpässe ergeben werden, so werden diese über die Umlage direkt auf die Städte und Gemeinden im Kreis durchschlagen.

Es sollte daher über den Landkreistag dringend versucht werden, die immer weiter ansteigenden Ausgaben besonders im Sozialbereich zu senken oder andere Finanzierungsmöglichkeiten für die Kreise zu finden. Das jetzige System ist jedenfalls nicht krisenfest.

Und trotz der Unsicherheiten und der steigenden Ausgabenlast im Sozialhaushalt hat der Kreis in den nächsten Jahren noch weitere Aufgaben zu erledigen. Die Investitionen in unsere Gebäude sind unumgänglich, etwa in den Erweiterungsbau beim LRA oder in die neue Kreissporthalle.

Mit der Verwaltung sind wir einig, dass bei den Kreisberufsschulen aktuell kein Raumbedarf besteht. Bereits in wenigen Jahren werden, so die Prognosen, die Schülerzahlen wieder sinken und Kapazitäten in den Schulen frei werden.

Eine ggf. anstehende Sanierung der Werkstätten muss sich dann an den verändernden Bedürfnissen der Wirtschaft und der inhaltlichen Weiterentwicklung der Berufsschulen orientieren. Dennoch möchten wir zu bedenken geben, dass es für unseren Kreis wichtig ist, auch in der Zukunft nicht nur industrielle Ausbildungsgänge anzubieten, sondern auch das Handwerk nicht zu vergessen. Wer gegenwärtig einen Handwerker braucht, der weiß, wie ausgelastet diese sind, und gleichzeitig finden die Handwerksbetriebe keine Lehrlinge mehr. Hier sollten wir ansetzen, und unsere Berufsschulen sollten dazu auch weiterhin und vielleicht auch verstärkt Ausbildungsgänge anbieten. Denn es sind nicht nur unsere Bürgerinnen und Bürger, die unsere Handwerker brauchen, sondern auch unsere Industrie!

Und das gilt in gleicher Weise für Ausbildungsgänge, die besonders von Frauen gewählt werden. Wir haben vor kurzem über die Prognos-Studie beraten. Eine Erkenntnis war, dass junge Frauen häufig zu Ausbildung oder Studium den Landkreis verlassen, und dann nicht mehr zurückkehren.

Das Ziel unserer Tuttlinger Hochschule war und ist, junge Ingenieure im ländlichen Raum auszubilden und sie so hier zu halten. Dieses Ziel sollte auch mit dem Blick auf junge Frauen für unsere Berufsschulen gelten.

Das jetzige Angebot aufrecht zu erhalten, und nach Möglichkeit unter diesen Gesichtspunkten auch weiterzuentwickeln, das wird in der Zukunft nicht nur für unsere Berufsschulen, sondern für den eine wichtige Aufgabe für Berufsschulen und auch Kreisverwaltung sein.

Und dass sich der Kreis um die Wirtschaft und die Unternehmen vor Ort sorgt und kümmert, ist gut und richtig. Doch ist die Frage, welchen praktischen Wert teure Gutachten haben, wer sich überhaupt außerhalb des Kreistages dafür interessiert, wem sie – außer dem beauftragten Institut – nützen, und wer dann auch tatsächlich konkrete Handlungsfelder für sich ableitet. Dies gilt es jeweils im Vorfeld genau zu prüfen und zu hinterfragen. Denn Papiertiger liegen schon genügend in unseren Schubladen.

Ebenfalls ein Zukunftsthema ist die Versorgung vor allem unserer Betriebe mit Breitbandanschlüssen, und es ist gut, dass sich der Kreis dieses Themas angenommen hat.

Der Bau eines Breitband-Backbones ist begonnen, Kreis und Kreisgemeinden schaffen in großer Solidarität eine eigene, öffentliche Infrastruktur, die lebensnotwendig für unseren Kreis ist. Volkswirtschaftlich gesehen ist es zwar Unsinn, nun großflächig mit Steuergeldern noch ein weiteres Glasfasernetz zu vergraben, besser und auch billiger wäre es gewesen, hätte man die verfehlte Privatisierung der Telekom rückgängig gemacht. Doch so sind wir gezwungen, das Beste aus der Situation zu machen. Und das tun wir auch.

Neben diesen Aufgaben, die uns auch finanziell fordern werden, gilt es, bei den freiwilligen Ausgaben genauer hinzuschauen.

Mit der Ausgliederung des Klinikums Tuttlingen in eine GmbH und der damit formulierten Erwartung, dass sich die Ertragslage bessern muss, haben wir einen richtigen und wichtigen Schritt getan. Die jüngsten Zahlen zeigen, dass sich der Zuschussbedarf von Seiten des Landkreises sichtbar verringert.

Wenn die Planzahlen für 2017 auch so eintreffen, dann wird, wenn wir die Abschreibungen beiseite lassen, der Betriebskostenzuschuss für das Klinikum mit 1,1 Mio € in ähnlicher Höhe sein wie der Zuschussbedarf für das Freilichtmuseum Neuhausen mit 1,11 Mio € Defizit. Und dabei ist das Defizit aus dem MVZ Trossingen-Spaichingen bereits mitumfasst, das zudem immer kleiner wird. Natürlich darf das Klinikum, und auch das MVZ, in seinen Anstrengungen nicht nachlassen, ein gutes Betriebsergebnis zu erreichen. Aber diese Relation sollte doch nachdenklich machen, was wirklich notwendig und wichtig für unsere Bürgerinnen und Bürger ist, was nur wünschenswert, und damit auch, worüber es sich lohnt, Energie in eine Diskussion zu stecken, und wo nicht.

Deutlich höher als das des Klinikums ist das Defizit unseres öffentlichen Nahverkehrs. Hier sind die Kosten bereits seit Jahren stark ansteigend. Dies ist im Gegensatz zu manch anderer Kostenposition ein Punkt, bei dem wir Möglichkeiten haben, um Kosten zu senken und einzusparen. In der Phase, in der wir uns gerade befinden, wenn wir den neuen Nahverkehrsplan erarbeiten, muss dieses Ziel aktiv angegangen werden. Ergab die Jahresrechnung des Nahverkehrsamts für das Jahr 2012 noch ein Defizit von 1,76 Mio €, so stehen für das Jahr 2017 bereits sage und schreibe 3,25 Mio im Plan, also fast das Doppelte in nur 5 Jahren. So darf das nicht weitergehen. Und mit Blick auf unsere nicht krisenfeste Einnahmeseite, die maßgeblich von der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes abhängt, sollten wir durchaus auch den Mut haben, unseren Bürgerinnen und Bürgern zu erklären, dass nicht jede Annehmlichkeit finanzierbar ist, und dass ggf. eine Einschränkung im Angebot des ÖPNV ein Gebot verantwortlicher Finanzpolitik ist. Wir sollten unsere Bürgerinnen und Bürger nicht unterschätzen. Sie sind nicht dumm, sondern durchaus vernünftig, und sie wissen, dass auch bei uns im Landkreis Tuttlingen die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Man muss es ihnen nur richtig erklären.

Die versuchten Verkehrsmodelle wie die Linien nach Schömberg oder Stockach waren jedenfalls in den Bereichen über die Landkreisgrenze hinaus erfolglos; auch muss es im laufenden Betrieb zu Einschränkungen kommen. Der jetzige Versorgungsstandard lässt sich nicht halten. In Randzeiten, in den Schulferien und am Wochenende muss es zu einer Verringerung des Angebots und zu alternativen Modellen wie Rufbussystemen kommen. Und bei unwirtschaftlichen, aber politisch gewünschten Strecken darf auch über eine Mitfinanzierung des Betriebs durch die profitierenden Gemeinden nachgedacht werden, wie dies bereits auch teilweise beim Bau von Kreisstraßen geschieht.

Zahlreiche Gemeinden erhöhen derzeit in der ganzen Region ihre Steuern, weil sie das Geld dringend brauchen, und dies in wirtschaftlich guten Zeiten. Dies zeigt, dass auch die Kreisumlage nicht überreizt werden darf. Aus diesem Grund sollten wir im Kreis sehr genau die Ausgaben, auf die wir auch Einfluss haben, auf Einsparmöglichkeiten hin überprüfen, wohl wissend, dass Einsparungen meist auch mit einer Senkung der Leistungen verbunden sind.

Und dies gilt auch für die Personalkosten des Kreises, die nur eine Richtung kennen, nämlich nach oben. Wir wissen, dass die Kreisverwaltung sehr verantwortlich mit Vorschlägen zu neuen Stellen umgeht, das ist auch gut so. Zugleich sollten steigende Mitarbeiterzahlen aber auch bereits bei der Planung des Erweiterungsbaus für das LRA und bei den Überlegungen für die Nutzung des Grundstücks Bahnhofstraße 80 berücksichtigt werden. In diesen Fragen haben wir noch Diskussionen vor uns.

Vorliegend schlägt die Verwaltung eine Anhebung der Kreisumlage um 0,5 Prozentpunkte vor, und dies bei einer Steuerkraftsumme, wie wir sie noch nie zuvor hatten und vielleicht auch nie mehr haben werden.

Die Fraktion der Freien Wähler wird nolens volens dieser Anhebung zustimmen. Wir wissen um die Zwänge der Sozialausgaben und die Notwendigkeit der anstehenden Investitionen, und den höheren Umsatzsteueranteil für die Eingliederungshilfe, den die Gemeinden bekamen, und der so wieder abgeschöpft wird.

Dennoch zeigt die geplante Anhebung in diesen wirtschaftlich einmalig guten Zeiten mehr als deutlich die Notwendigkeit einer rigorosen Ausgabenkritik. Dies wird eine Aufgabe für uns alle, die Mut, vor allem aber auch Ehrlichkeit uns selbst und den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber erfordern wird. Und es wird eine große Aufgabe für die Verwaltung, die uns dazu die entsprechenden Vorarbeiten und Vorschläge liefern sollte. Nur dann hat unser Kreis eine nachhaltige, finanziell solide Zukunft.

Diese Aufgabe wissen wir aber bei unserer Kreisverwaltung in guten Händen.

Unser Dank gilt Ihnen, sehr geehrter Herr LR Bär, für die immer vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr, die geprägt ist von Ehrlichkeit und von dem Bestreben, gemeinsam mit uns Kreisträten die besten Lösungen für die Menschen im Kreis zu erreichen.

Ebenfalls danken wir den Mitarbeiter des LRA, allen voran den Dezernenten, die sich in der täglichen Arbeit an der Front vorbildlich für die Belange der Bürger einsetzen, und stellvertretend heute Ihnen, Herr Kreiskämmerer Bernhard und Ihrem Team, für die Erarbeitung dieses Rekord-Haushaltsplans.

Unser Dank gilt aber auch unseren Kolleginnen und Kollegen hier im Kreistag für das angenehme, partnerschaftliche und faire Miteinander, das es leicht macht, gemeinsam zu guten Ergebnissen zu kommen.

In diesem Sinne hoffe ich auch auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit, auf einen guten Verlauf des Jahres 2017, insbesondere auch darauf, dass unsere Wirtschaft stabil bleibt, und wünsche uns allen für das Jahr 2017 alles Gute. Vielen Dank!